

Lehrerinformation:

**Das iranische Regime:
Antisemitismus, Antizionismus, Atomprogramm und
Terrorismus**

**Ausgewählte Pressebeiträge
zur Hintergrundinformation und Diskussion**

**zusammengestellt durch das
American Jewish Committee Berlin Office**

Einleitung	3
Zitate von Mahmud Ahmadi-Nedschad	5
Aktuell: Leugnung des Holocaust durch die iranische Staatsführung	7
Iran plant Konferenz über Ausmaß des Holocaustes	7
Aufschwung für Holocaust-Zweifler in Iran	8
Aktuell: Antiisraelische Äußerungen durch die iranische Staatsführung ...	11
Ahmadinedschad hofft auf Scharons Tod	11
Irans Präsident Ahmadi-Nedschad vergleicht Israelis mit Nazis	12
„Die Zionisten könnten ihren eigenen Staat gründen“	13
Irans Präsident will Israel nach Europa verlegen	14
Aktuell: Deutsche und internationale Reaktionen auf die Äußerungen des Iran	16
Erklärung des Europäischen Rates zu Iran	16
Reaktionen auf Ahmadineschad	17
Existenzrecht Israels ist deutsche Verpflichtung	21
Cohn-Bendit will Iran aus der Fußball-WM werfen	22
Hintergrund: Antisemitismus im Iran	25
Antisemiten in Teheran	25
Die „Protokolle der Weisen von Zion“ auf der Frankfurter Buchmesse	26
Hintergrund: Die Gefahr von Terror und der atomaren Aufrüstung durch den Iran	29
Iran und die Bombe	29
Hisbollah soll für Anschlag auf jüdisches Zentrum verantwortlich sein	32
Iranische Bedrohung; "Wir werden Israel vom Erdboden fegen"	33

Einleitung

1996 erklärte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum nationalen Gedenktag "für die Opfer des Nationalsozialismus". Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Der Holocaust-Gedenktag erinnert an die über sechs Millionen Juden und die vielen anderen Opfer des nationalsozialistischen Rassen- und Größenwahns. Im November 2005 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen, den 27. Januar weltweit als Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts einzuführen

Der 27. Januar soll als Tag der Erinnerung dienen. Gleichzeitig ist es wichtig an diesem Tag Konsequenzen aus der Vergangenheit zu ziehen. Angesichts des weltweit verstärkt auftretenden Antisemitismus in vielfältigen Formen, besonders seit dem Jahr 2000, wird die Bedeutung des Gedenktages überdeutlich.

Ein aktuelles Beispiel: Auf einer Konferenz am 26. Oktober 2005 mit dem Titel: „Die Welt ohne Zionismus“ sagte der iranische Präsident Ahmadi-Nedschad in Teheran: „Wie es der Imam [Ayatollah Khomeini] gesagt hat, Israel muss von der Landkarte radiert werden“. Weiter bezeichnete er am 14. Dezember 2005 den Holocaust als einen „Mythos“. Der iranische Präsident ging sogar soweit die Forderung auszusprechen, Israel nach Europa, in die USA oder nach Kanada zu verlegen. Diese und ähnliche Äußerungen stellen keine wirkliche Neuheit dar. Schon andere iranische Staatspräsidenten haben sich gegenüber Israel ähnlich geäußert.

In dieser Lehrerinformation soll am Beispiel des iranischen Regimes, besonders anhand der jüngsten Äußerungen des iranischen Präsidenten verdeutlicht werden, dass Antisemitismus nach wie vor eine aktuelle Bedrohung darstellt.

Die ausgewählten Pressebeiträge, Texte und Dokumente beleuchten anhand des Beispiels Iran aktuelle Formen des Antisemitismus. Sie sollen als Anregung dienen, sich im Unterricht und insbesondere am Holocaustgedenktag mit aktuellem Antisemitismus zu beschäftigen.

Im ersten Themenkomplex „Zitate“ dokumentieren einige Äußerungen des iranischen Präsidenten aus den letzten Monaten.

Der zweite Teil „Aktuelles“ enthält Zeitungsartikel, in denen über weitere antiisraelische Äußerungen und die Leugnung des Holocaust seitens Ahmadi-Nedschads berichtet wird. Weiter finden sich hier Artikel und Dokumente zur deutsche wie auch internationalen Reaktionen wie auch Stellungnahmen auf diese Reden

Der dritte Teil „Hintergrund“ geht auf unterschiedliche Formen des Antisemitismus im Iran ein. Am Beispiel des iranischen Bücherstands auf der Frankfurter Buchmesse sowie des jährlich stattfindenden Al-Quds Tag zeigt sich,

dass die Äußerungen Ahmadi-Nedschad eine Vorgeschichte haben und Antisemitismus in der Kultur verankert ist. Abschließend wird gezeigt, mit welchen Methoden das iranische Regime seine Ansichten in die Tat umsetzt. Die Unterstützung von Terrorismus sowie die atomare Aufrüstung durch den Iran stellen eine Gefahr für die Existenz des Staates Israel als auch für den Weltfrieden dar.

Zitate von Mahmud Ahmadi-Nedschad

Am 26. Oktober 2005 in einer Rede auf einer Konferenz in Teheran unter dem Motto "Eine Welt ohne Zionismus" (www.hagalil.com & Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.2005, zitiert nach iranischer Nachrichtenagentur ISNA, 26.10.2005)

„Der Imam [Khomeini] sagte auch: Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muss aus den Geschichtsbüchern eliminiert werden. In diesem Satz steckt viel Weisheit. Das Palästina-Problem ist nichts, worüber man mit Kompromissen hinweggehen kann [...] Es gibt keinen Zweifel: Die neue (Anschlags-)Welle in Palästina wird dieses Stigma [Israel]im Antlitz der islamischen Welt ausradieren [...] Wenn jemand unter Druck der Hegemonialmächte etwas falsch versteht, oder wenn er aus Naivität, Egoismus oder Hedonismus dazu kommt, das zionistische Regime anzuerkennen - sollte er wissen, dass er im Feuer der islamischen Gemeinschaft [umma] verbrennen wird [...]"

Am 8. Dezember 2005 vor Medienvertretern am Rande eines Gipfeltreffens islamischer Staaten in der saudischen Pilgerstadt Mekka nach Angaben der amtlichen Teheraner Nachrichtenagentur IRNA (Tagesspiegel, 08.12.2005, zitiert nach iranischer Nachrichtenagentur IRNA)

„Manche der europäischen Staaten bestehen darauf, dass Hitler Millionen von unschuldigen Juden ermordet hat. Jeder, der das sogar mit konkreten Beweisen bezweifelt, wird entweder verurteilt oder landet im Gefängnis. Wir erkennen diese Behauptungen (Holocaust) nicht an, aber auch falls es wahr sein sollte, stellen wir den Europäern die folgende Frage: Ist die Ermordung von unschuldigen Juden Grund genug, um Besatzer in Jerusalem zu unterstützen? Falls die Europäer es ehrlich meinen, sollten sie den Zionisten in einigen ihrer Länder, wie z. B. Deutschland oder Österreich, einen Platz geben.“

Am 14. Dezember vor mehreren 10.000 Iranern in der Stadt Zahedan während einer Rundreise durch die Provinz Sistan-Belutschistan in Südostiran.(zitiert nach dpa, 14.12.2005)

„Statt das Hauptproblem (die israelischen Angriffe in Palästina) zu thematisieren, widmet sich der Westen dem Märchen vom Massaker an den Juden. Wenn Gott, die Propheten und die Religion im Westen verleugnet werden, kümmert das niemanden, aber wenn jemand dieses Märchen vom Massaker an den Juden nicht glaubt, dann heult die zionistische Propagandamaschine laut auf.“

Am 05. Januar 2006 vor schiitischen Geistlichen in der iranischen Stadt Kom.
(zitiert nach Spiegel Online, 05.01.2006, zitiert nach iranischer Nachrichtenagentur IRNA)

„Seien Sie gewiss, dass nicht nur die Palästinenser, sondern alle islamischen Nationen dieses Besatzerregime und diese korrupte Regierung nicht einen Augenblick lang hinnehmen werden.“

Aktuell: Leugnung des Holocaust durch die iranische Staatsführung

16. Januar 2006
Reuters

Iran plant Konferenz über Ausmaß des Holocaustes

Teheran - Der Iran plant nach Angaben des Außenministeriums eine Konferenz, auf der das Ausmaß des Holocaustes bewertet werden soll. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hatte den Völkermord an den Juden kürzlich als "Mythos" bezeichnet.

"Das iranische Außenministerium hat sich entschieden, eine Konferenz über den Holocaust abzuhalten, um dessen Ausmaß wissenschaftlich zu bewerten und seine Konsequenzen zu diskutieren", sagte Ministeriums-Sprecher Hamid Resa Assefi am Sonntag. Wann und wo die Konferenz stattfinden soll, sagte er nicht. Ahmadinedschad hatte im vergangenen Monat weltweit einen Sturm der Entrüstung provoziert, als er erklärte, der von den Nationalsozialisten an den europäischen Juden begangene Völkermord sei ein Mythos. Zudem hatte er vorgeschlagen, den Staat Israel nach Nordamerika oder Europa zu verlegen. Im Oktober hatte er den jüdischen Staat als Tumor bezeichnet, der von der Landkarte verschwinden müsse.

"Dies ist eine seltsame Welt ... Es ist möglich, alles zu diskutieren bis auf den Holocaust", sagte Assefi. Es gebe unbeantwortete Fragen zum Völkermord, auf die die Europäer Antworten geben sollten. Experten zufolge sollen Ahmadinedschads Angriffe auf Israel innenpolitisch sein Ansehen stärken und dem Iran außenpolitisch mehr Gehör verschaffen.

16. Januar 2006
Neue Zürcher Zeitung
Von V.K.

Aufschwung für Holocaust-Zweifler in Iran **Rechte Intellektuelle im Kielwasser Ahmadinejads**

Nachdem der iranische Präsident Ahmadinejad den Holocaust mehrmals öffentlich in Zweifel gezogen hat, bemühen sich nun rechtsklerikale Kreise, die Thesen des Präsidenten zu untermauern. Ein Institut in Qom sammelt Aufsätze zum Thema, während eine muslimische Journalistengruppe eine Konferenz dazu einberufen will.

Der iranische Präsident Ahmadinejad hat mit seinen wiederholten Ausfällen gegen Israel und der Verharmlosung des Nazi-Völkermords das Geschäft der Holocaust-Revisionisten in seinem eigenen Land neu belebt. Die gediegene Version davon präsentiert die iranische Diplomatie, indem sie sich an dem Werk des jüdischen Autors Norman Finkelstein über die «Holocaust-Industrie» inspiriert.

Mangelnde Aversion gegen Rassismus

Finkelstein stellt nicht Realität oder Ausmass des Völkermords in Frage, sondern die Benutzung des moralischen Traumas beim Eintreiben von Wiedergutmachungszahlungen. So wies der iranische Botschafter bei der EU Ali Ahani nach der Agentur Irna die harsche Kritik an den Äusserungen Ahmadinejads im Westen zurück. Er versicherte, sein Land verurteile durchaus die Verbrechen der Nazi, aber Israel missbrauche diese historische Tragödie für seine eigenen Interessen, indem es die Juden als die einzigen Opfer darstelle. In Iran selbst nimmt die Sache freilich viel deutlicher die Züge einer Holocaust-Verleugnung an. Da der neue Präsident, der weder ein Geistlicher noch ein Intellektueller ist, im Namen aller Iraner beanspruchte, den Holocaust als reinen Mythos zur Rechtfertigung des jüdischen Staates in Palästina einzustufen, haben sich Intellektuelle in seinem Kielwasser geregt, um seine Behauptung propagandistisch und pseudowissenschaftlich zu untermauern.

Iran hat keine eigene Geschichte der Judenverfolgung im grossen Stil, während die Islamische Republik ihrerseits muslimische Sekten wie die Bahai, die als Häretiker eingestuft werden, mit einiger Härte verfolgt. Deshalb fehlt bei iranischen Intellektuellen manchmal eine gesunde Aversion gegen rassistische Ideologien. Das Urteil der Iraner über die Ausgrenzung des Antisemitismus im Westen wird auch allzu leicht durch ihren Drittwelt-Idealismus, besonders ihre Abneigung gegen die ehemaligen westlichen Kolonialmächte und deren proisraelische Politik, eingetrübt.

Zweckgeleitete Forschung

Die iranische Agentur Mehr hat vor einigen Tagen über die Initiative eines Instituts in Qom berichtet, das im Auftrag des Vereins für Forschungen und Studien über den Zionismus «wissenschaftliche Aufsätze» zum Thema des Holocausts anregte. Das Institut gibt ein Dutzend Fragenkomplexe für die Studien vor, wobei die historische Wahrheit des Holocausts nicht direkt zur Diskussion gestellt ist, sondern vor allem der Stellenwert des Völkermords in der modernen Debatte. Pro und contra sind so umschrieben: «Untersuchung der Begründungen und Rechtfertigungen der Holocaust-Anhänger» und «Zusammenfassung englischer und arabischer Werke, die den Holocaust in Zweifel ziehen». Eine weitere Frage betrifft «die Implikationen des Holocausts für die Entstehung und Legitimität des zionistischen Regimes».

Von den Autoren solcher Studien wird eine wissenschaftliche Arbeitsweise und die Zeichnung der Beiträge mit vollem Namen verlangt. Das Projekt soll in einem Internet-Forum des Instituts abgehandelt werden. Die Urheber der Initiative gehören nach Einschätzungen aus Teheran zur extremen klerikalen Rechten in Qom, die Ahmadinejad schon mit zur Präsidentenwahl verholfen hat. Das Geld für das Projekt dürfte entsprechend aus offiziösen Stiftungen stammen.

Plattform für europäische Revisionisten

Eine andere offiziöse Gruppierung, der Verband muslimischer Journalisten, plant mit noch ungewissem Datum eine Konferenz zum Holocaust. Ein Sprecher der Organisation sagte am 5. Januar: «Wir wollen eine freie und demokratische Plattform für Historiker bieten, die den Holocaust-Mythos vertieft untersuchen.» Er wies auf die Gesetze gegen Holocaust-Leugnung in verschiedenen europäischen Ländern hin und nannte diese eine Beschränkung der Meinungsfreiheit.

Der Sprecher versicherte, sowohl die Vertreter der hergebrachten Sicht des Holocausts wie auch die Zweifler würden eingeladen, unter den möglichen Gästen nannte er die bekannten Revisionisten Horst Mahler aus Deutschland, den Franzosen Robert Faurisson und den russischstämmigen Israeli Israel Shamir. Der muslimische Journalistenverband hatte sich zuletzt profiliert, als er am 6. November der französischen Regierung vorwarf, sie unterdrücke unter dem Einfluss der zionistischen Lobby die Muslime in den Immigrantenvierteln der Grossstädte.

Das Interesse für die Holocaust-Zweifler geht in der Islamischen Republik freilich weit über Ahmadinejads Amtsantritt zurück. Seit der Khomeiny-Revolution wurde antisemitische Propaganda verlegt. Vor einem Jahr wies zum Beispiel das israelfreundliche Medienforschungsinstitut Memri in Washington darauf hin, dass sich Artikel, Kolumnen und auch Fernsehfilme über Holocaust-Zweifel in letzter Zeit häuften. In solchen Erzeugnissen vermischen die Autoren ohne

Hemmungen die Kritik an der Holocaust-Industrie mit der Verleugnung des Völkermordes überhaupt und den widerlichsten Versatzstücken des Antisemitismus.

Geschichte und Propaganda

Eine einfache Recherche in der Webseite der «Tehran Times», eines Blattes im Umkreis des Aussenministeriums, führt zu einem Beitrag vom 8. Januar dieses Jahres über die «Schwindenden Opferzahlen von Auschwitz». Darin wird zunächst irreführend Auschwitz unter Auslassung der anderen Todeslager für die gesamte Judenvernichtung der Nazi eingesetzt, um dann aus der Richtigstellung der völlig übertriebenen Zahlen einen Hinweis auf die Zweifelhaftigkeit des Holocausts an sich zu extrapolieren.

Eine nüchterne und sachliche Information über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist offenbar längst der Propaganda zum Opfer gefallen. Natürlich entsetzen sich Iraner mit einer soliden Geschichtskennntnis über das laute Treiben rechter Kreise im Schutze der Regierung, doch haben sie seit dem Abgang von Präsident Khatami wenig öffentliche Präsenz. Eine einigermaßen nüchterne Haltung muslimischer Intellektueller liesse sich in einer These zusammenfassen, wie sie neulich in der arabischen Zeitung «Al-Hayat» formuliert wurde: Die schärfste Verurteilung des Holocausts sei im Lichte der humanitären Prinzipien des Islams vollkommen unbestritten. Auf der anderen Seite gehe es nicht an, wie die Zionisten sich aus diesem millionenfachen Tod von Juden das Recht anmassten, dem palästinensischen Volk durch die Besetzung Tod und Zerstörung aufzuzwingen.

Holocaust-Konferenz?

Iran plant nach Angaben des Aussenministeriums eine Holocaust- Konferenz. «Das iranische Aussenministerium hat entschieden, eine Konferenz über den Holocaust abzuhalten, um dessen Ausmass wissenschaftlich zu bewerten und seine Konsequenzen zu diskutieren», sagte ein Ministeriumssprecher. Wo die Konferenz stattfinden soll, sagte er nicht. «Dies ist eine seltsame Welt. Es ist möglich, alles zu diskutieren bis auf den Holocaust», sagte der Sprecher. Es gebe unbeantwortete Fragen zum Völkermord, auf die die Europäer Antworten geben müssten.

Aktuell: Antiisraelische Äußerungen durch die iranische Staatsführung

5. Januar 2005
Spiegel Online

Ahmadinedschad hofft auf Scharons Tod

Irans Präsident Ahmadinedschad hat seine Hasstiraden gegen Israel fortgesetzt. Er hoffe, dass Israels Ministerpräsident Scharon bald seiner lebensgefährlichen Erkrankung erliegen möge. Die US-Regierung nannte die erneuten Ausfälle "Verabscheuungswürdig".

(...)

"Diese jüngste von Hass geprägte und verabscheuungswürdige Erklärung ist traurigerweise keine Überraschung, wenn man bedenkt, was man von diesem (iranischen) Präsidenten schon alles gehört hat", sagte US-Außenamtssprecher Sean McCormack.

Ahmadinedschad sagte heute weiter, Israel sei auf Grundlage der großen historischen Lüge des Holocaust von den westlichen Mächten im Nahen Osten verankert worden. Der Präsident erneuerte seine Drohungen an die Adresse Israels: "Seien Sie gewiss, dass nicht nur die Palästinenser, sondern alle islamischen Nationen dieses Besatzerregime und diese korrupte Regierung nicht einen Augenblick lang hinnehmen werden."

Ahmadinedschad hat vor kurzem gefordert, Israel von der Landkarte zu tilgen. Zudem erklärte er die Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten zu einem Mythos. Der Iran versteht sich als Erz-Feind Israels und unterstützt radikale Palästinenser-Gruppen wie die Hamas, die für eine Zerstörung Israels kämpft.

2. Januar 2006
Berliner Morgenpost

Irans Präsident Ahmadi-Nedschad vergleicht Israelis mit Nazis

Teheran - Der iranische Präsident Mahmud Ahmadi-Nedschad hat am Neujahrstag seine verbalen Attacken gegen Israel fortgesetzt. Die "Verbrechen der Zionisten" in den Palästinensergebieten seien mit den Verbrechen der Nazis während des Zweiten Weltkriegs vergleichbar, zitierte ihn die iranische Nachrichtenagentur ISNA. "Eine Frage, die der Westen klären muß, ist: Welche Verbrechen sind dort in jener Zeit (während des Zweiten Weltkriegs) begangen worden, die die Zionisten heute nicht auch begehen", so Ahmadi-Nedschad. "Zionismus ist in der Tat Neofaschismus." Ahmadi-Nedschad hatte im Oktober ähnliche Äußerungen gemacht.

9.Dezember 2005
DIE ZEIT

„Die Zionisten könnten ihren eigenen Staat gründen“

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad macht wieder von sich reden: Bei einem Gipfel in Mekka leugnet er die Judenvernichtung - und schlägt vor, den jüdischen Staat nach Europa zu transferieren. Ahmadinedschad zweifelte in bei einem Besuch in Mekka das Ausmaß des Holocaust an. "Manche der europäischen Staaten bestehen darauf, dass Hitler Millionen von unschuldigen Juden ermordet hat. Jeder, der das sogar mit konkreten Beweisen bezweifelt, wird entweder verurteilt oder landet im Gefängnis", sagte Ahmadinedschad der Nachrichtenagentur IRNA.

Die iranische Regierung erkenne die Behauptungen des Holocaust nicht an, sagte der Präsident weiter und stellte - "falls sie doch wahr sein sollten" - folgende Frage an die Europäer: "Ist die Ermordung von unschuldigen Juden Grund genug, um Besatzer in Jerusalem zu unterstützen?" Auch wenn er nicht an das Ausmaß der Judenverfolgung glaube, könne er die Tötung von Juden während des Zweiten Weltkrieges niemals als Rechtfertigung der israelischen Hegemonialpolitik durch die Europäer akzeptieren. Jerusalem, die israelische Hauptstadt, gehört zu den heiligsten Städten des Islams und ist daher für den Iran als islamische Republik von großer Bedeutung.

Außerdem schlug Ahmadinedschad vor, einen jüdischen Staat auf deutschem und österreichischem Boden zu gründen. "Falls die Europäer es ehrlich meinen, sollten sie den Zionisten in einigen ihrer Länder, wie zum Beispiel Deutschland oder Österreich, einen Platz geben. Die Zionisten könnten dann ihren eigenen Staat gründen." Wenn sich die Europäer so sehr um Israel sorgten, sollten sie den jüdischen Staat nach Europa transferieren. Eine solche Verlagerung werde die Unterstützung der islamischen Welt finden, meinte Ahmadinedschad, der sich zu einem Gipfeltreffen islamischer Länder in Saudi-Arabien aufhielt. Die Worte des iranischen Regierungschefs wurden international mit großem Missmut aufgenommen. Die amerikanische Regierung kritisierte die Äußerungen als "himmelschreiend und verwerflich", Israel nannte sie "ungeheuerlich". Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Jacques Chirac wehrten sie auf ihrem Treffen in Berlin als "vollkommen inakzeptabel" ab. Als Bundeskanzlerin weise sie die Äußerungen "mit aller Schärfe" zurück, sagte Merkel. "Ich bin sicher, dass die Mehrzahl der internationalen Staatengemeinschaft sehr ähnlich denkt."

Auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zeigte sich in Brüssel empört über Ahmadinedschads Bemerkungen. Zugleich versicherte er, die Gespräche der EU mit dem Iran über eine Garantie Teherans, wonach Iran keine Atomwaffen bauen wolle, sollten fortgesetzt werden. In Washington sagte

Außenamtssprecher Adam Ereli, die Äußerungen nährten "ganz gewiss nicht die Hoffnung der internationalen Staatengemeinschaft, dass die iranische Regierung sich als verantwortungsbewusstes Mitglied eben dieser Gemeinschaft betätigen will".

Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums sagte, es sei "nicht das erste Mal, dass wir den iranischen Präsidenten eine ungeheuerliche Sprache über Juden und Israel benutzen hören". Mit Blick darauf, dass die UN-Vollversammlung erst jüngst die Leugnung des Holocausts in jeder Form verurteilt habe, habe Ahmadinedschad mit seinen Äußerungen demonstriert, dass er "außerhalb der international anerkannten Normen und Verhaltensweisen" stehe. UN-Generalsekretär Kofi Annan zeigte sich ebenfalls schockiert: "Die historischen Fakten der Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten sind zweifelsfrei."

08. Dezember 2005
Financial Times Deutschland

Irans Präsident will Israel nach Europa verlegen

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat vorgeschlagen, den Staat Israel nach Europa zu verlegen. Außerdem leugnete der ultrakonservative Präsident den Holocaust.

Iran werde eine solche Lösung des Nahost-Konflikts unterstützen, sagte der Staatschef am Donnerstag am Rande eines Gipfeltreffens islamischer Staaten im saudiarabischen Mekka. Das israelische Außenministerium wies die Bemerkungen umgehend zurück und teilte mit, Ahmadinedschad sei mit seinen Aussagen ein Problem für die gesamte Staatengemeinschaft. Auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier kritisierte Ahmadinedschads Bemerkungen.

Vor einigen Wochen hatte der iranische Staatschef gefordert, Israel von der Landkarte zu tilgen, und damit weltweit Empörung ausgelöst. Ahmadinedschad wurde im Juni überraschend als Vertreter der erzkonservativen Strömung im Land in das Präsidentenamt gewählt. Die religiöse Führung des Landes betrachtet Israel, das in Reichweite iranischer Raketensysteme liegt, als Erzfeind.

Ahmadinedschads Aussagen wurden von der amtlichen iranischen Nachrichtenagentur Irna verbreitet. Demnach sagte er während einer Pressekonferenz, er akzeptiere nicht die Behauptung, dass Adolf Hitler Millionen von Juden getötet habe. "Einige europäische Länder pochen darauf, dass Hitler Millionen unschuldiger Juden in Öfen getötet hat und sie pochen darauf so sehr, dass sie jeden verurteilen und ins Gefängnis werfen, der etwas Gegenteiliges

beweist", sagte er. "Wir akzeptieren diese Behauptung nicht. Aber wenn wir davon ausgehen, dass sie wahr ist, dann haben wir folgende Frage an die Europäer: 'Ist die Tötung unschuldiger jüdischer Menschen durch Hitler der Grund für eure Unterstützung für die Besatzer Jerusalems?'"

Forderung an Deutschland und Österreich gestellt

Dann forderte er Staaten wie Deutschland und Österreich dazu auf, Teile ihres Landes an die Juden abzugeben und damit einen zionistischen Staat in Europa zu ermöglichen. "Wenn die Europäer ehrlich sind, dann sollten sie einige ihrer Gebiete in Europa - zum Beispiel in Deutschland, Österreich oder anderen Ländern - den Zionisten geben und dann können die Zionisten ihren Staat in Europa bilden. Bieten Sie einen Teil Europas an, und wir werden das unterstützen." Der Zionismus war die jüdische Nationalbewegung, die zur Gründung des Staates Israel führte. Jerusalem gehört zu den heiligsten Städten des Islams und ist die Hauptstadt Israels.

Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums sagte: "Dies ist leider nicht das erste Mal, dass der iranische Präsident die ungeheuerlichsten Vorstellungen über Juden und Israel äußert." Damit sei er aber nicht allein ein Problem für Israel. Ein Sprecher des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon sagte in Tel Aviv, Ahmadinedschad drücke den "Konsens aus, der in vielen Kreisen der arabischen Welt existiere, nämlich, dass das jüdische Volk nicht das Recht habe, einen jüdischen, demokratischen Staat auf dem Gebiet ihres früheren Heimatlandes zu errichten". Bis zur Islamischen Revolution in Iran im Jahr 1979 gehörte das Land zu den engen Verbündeten Israels im Nahen Osten. Seit der Iran aber eine schiitische Theokratie ist, betrachtet er Israel als Terrorstaat und hat Raketen entwickelt, die Jerusalem und Tel Aviv erreichen können. Das Land hat mit ihrem Einsatz gedroht, sollte Israel versuchen, iranische Atomanlagen zu bombardieren.

Steinmeier sagte nach einem Treffen mit seinen Nato-Kollegen in Brüssel, die Äußerungen zur Lage im Nahen Osten zeigten, "mit wie wenig Ernsthaftigkeit entweder oder mit wie viel Zynismus die dortige Situation von der iranischen Regierung gegenwärtig beurteilt wird". Ahmadinedschad mache damit auch die Vermittlungsbemühungen der EU im Atom-Streit mit Iran nicht einfacher. Die USA teilten mit, die Bemerkungen bestärkten nur ihre Bedenken gegen die iranische Führung. Angesichts dieser Haltung des Präsidenten sei es umso wichtiger, dass Iran keine Atomwaffen besitze. Die USA und die Europäische Union (EU) verdächtigen Iran, nicht nur ein ziviles Atomprogramm aufbauen zu wollen, sondern auch nach Atomwaffen zu streben.

Aktuell: Deutsche und internationale Reaktionen auf die Äußerungen des Iran

16. Dezember 2005

Auszüge aus den Schlussfolgerungen des Vorsitzes - Brüssel

Erklärung des Europäischen Rates zu Iran

Der Europäische Rat verurteilt den Aufruf des iranischen Präsidenten Achmadinedschad zur Auslöschung Israels und seine Leugnung des Holocaust auf das Schärfste. Derartige Stellungnahmen sind vollkommen inakzeptabel und sind in einer zivilisierten politischen Auseinandersetzung fehl am Platze. Der Europäische Rat erinnert daran, dass die VN-Generalversammlung im November diesen Jahres im Konsens, dem sich auch Iran angeschlossen hat, eine Resolution verabschiedet hat, in der "jede vollständige oder teilweise Leugnung des Holocausts als eines geschichtlichen Ereignisses" zurückgewiesen wird und alle Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihre Bevölkerung über den Holocaust aufzuklären.

Der Europäische Rat bekräftigt das Existenzrecht des Staates Israel und sein Recht, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben. Der Europäische Rat erinnert daran, dass alle Mitglieder der Charta der Vereinten Nationen sich dazu verpflichtet haben, die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates zu unterlassen. Die EU fordert die iranische Führung auf, sich dem internationalen Konsens über die Notwendigkeit einer Zweistaatenlösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt anzuschließen, die Bemühungen um Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn zu unterstützen, und Gruppen, die terroristische Handlungen befürworten oder sich daran beteiligen, nicht mehr zu unterstützen.

Der Europäische Rat ist zutiefst besorgt darüber, dass Iran nichts dafür tut, das Vertrauen in eine ausschließlich friedliche Nutzung seines Nuklearprogramms zu stärken. Die Wiederaufnahme des Betriebs der Uranumwandlungsanlage in Isfahan, der andauernde Mangel an Transparenz und die Weigerung, die in Resolutionen des Gouverneursrates der IAEO wiederholt geforderten Schritte zu ergreifen, verstärken die tiefe Besorgnis der EU bezüglich der Absichten Irans. Die EU unterstützt zwar weiterhin eine diplomatische Lösung, aber die Zahl der Chancen, die Iran noch eingeräumt werden, ist nicht unbegrenzt und der Europäische Rat appelliert an Iran, konstruktiv zu reagieren, unter anderem durch die Umsetzung aller vom IAEO-Gouverneursrat geforderten vertrauensbildenden Maßnahmen und durch den Verzicht auf weitere einseitige Maßnahmen, die die Situation möglicherweise noch verschlimmern.

Der Europäische Rat weist darauf hin, dass es von den Fortschritten in allen als problematisch betrachteten Bereichen abhängt, ob sich die langfristigen Beziehungen zwischen der EU und Iran verbessern oder verschlechtern. In Anbetracht der provokativen politischen Schritte, die Iran seit Mai unternommen hat, stimmt der Rat darin überein, dass die diplomatischen Optionen der EU genauestens überprüft werden müssen und dass das Vorgehen der EU sich weiterhin eng an den Erklärungen und Maßnahmen des Iran ausrichten muss.

Der Europäische Rat bekräftigt erneut seine tiefe Besorgnis angesichts der mangelnden Achtung der Menschenrechte und der politischen Grundfreiheiten in Iran und fordert Iran auf, den Willen zur Achtung dieser Grundsätze durch konkrete Maßnahmen zu beweisen, indem unter anderem Akbar Gandschi und andere aus Gewissensgründen Inhaftierte auf Dauer freigelassen werden. Im Geiste der Solidarität innerhalb der EU fordert er Iran auf, alle diskriminierenden Beschränkungen gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten aufzuheben.

15. Dezember 2005
FAZ.NET

Reaktionen auf Ahmadineschad

Bush: Iran eine Bedrohung - Steinmeier: Geduld nicht endlos

Die jüngsten verbalen Attacken des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadineschad gegen Israel sind international auf scharfe Kritik gestoßen. Der amerikanische Präsident George W. Bush bezeichnete in einer Reaktion Iran als eine „wirkliche Bedrohung“.

Bush wiederholte im amerikanischen Fernsehsender Fox News die seit längerer Zeit gemiedene Formulierung von der „Achse des Bösen“ im Zusammenhang mit Iran. Damit hatte Bush zuletzt 2002 außer Iran den Irak unter Saddam Hussein sowie Nordkorea beschrieben.

Bush sagte: „Ich bin über eine Theokratie mit so wenig Transparenz besorgt, über ein Land, dessen Präsident die Zerstörung Israels als Teil der Außenpolitik erklärt und einem Land, das nicht auf die freie Welt hört, seine Ambitionen auf atomare Waffen zu begraben.“ Iran gehöre zu den Ländern, die den Terrorismus unterstützten. Es liege an Teheran, nachzuweisen, daß es nicht nach Atomwaffen strebe. Die Vereinigten Staaten würden ihre diplomatischen Bemühungen um Iran fortsetzen.

„Märchen vom Massaker“

Ahadineschad hatte den Holocaust als „Märchen“ der „zionistischen Propagandamaschine“ bezeichnet. In einer live im Fernsehen übertragenen

Rede vor Tausenden Menschen wiederholte er seine Forderung nach einer Verlagerung des jüdischen Staates.

Wenn der Westen an die Ermordung von sechs Millionen Juden während des Zweiten Weltkrieges glaube, sollte Israel „ein Stück Land in Europa, den Vereinigten Staaten, Kanada oder Alaska zur Verfügung gestellt werden“. Statt die israelischen Angriffe gegen die Palästinenser zu thematisieren, „widmet sich der Westen dem Märchen vom Massaker an den Juden“, sagte Ahmadineschad am Mittwoch in Zahedan im Südosten Irans.

Merkel: „Unfaßbar“

Bundeskanzlerin Angela Merkel wies die Aussagen des iranischen Präsidenten als „unfaßbar“ zurück. Deutschland will die internationale Staatengemeinschaft zu einer scharfen Zurückweisung der Äußerungen bewegen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien wollen die Äußerungen Ahmadineschads am Freitag in einer gemeinsamen Resolution verurteilen.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat die Führung in Teheran am Donnerstag im Bundestag davor gewarnt, die Atomverhandlungen mit dem EU-Trio zu verschleppen. Durch die jüngsten Äußerungen Ahmadineschads würden auch die Verhandlungen zwischen Iran und dem EU-Trio aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland „erschwert“, sagte Steinmeier. Für den 21. Dezember ist eine Wiederaufnahme der Gespräche über das iranische Atomprogramm vereinbart, die seit August unterbrochen sind.

Die iranische Regierung müsse „begreifen, daß die Geduld der Europäischen Union nicht endlos ist“, sagte Steinmeier. Auf deutschen Wunsch werde sich auch der EU-Gipfel in Brüssel mit Ahmadineschads Äußerungen befassen, kündigte Steinmeier an. Die Äußerungen seien „inakzeptabel“ und zeigten an, „wieviel Verantwortungslosigkeit, wieviel Zynismus“ in der iranischen Führung im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt herrsche.

Drohungen der Hamas

Unterdessen versprach Hamas-Führer Meschaal Iran Unterstützung. Sollte Israel Iran angreifen, werde seine Organisation ihre Anschläge auf Israelis verstärken, sagte er am Donnerstag in Teheran.

Zugleich lobte er die jüngsten Äußerungen Ahmadineschads als mutig und wahr. Zuletzt hatte sich die Hamas-Führung in den Palästinensergebieten von Meschaal distanziert, der in Damaskus lebt.

Israel: „Haben Mittel, um zweiten Holocaust zu verhindern“

Israel rief zu einer internationalen Koalition und Sanktionen gegen Iran auf. Raanan Gissin, Sprecher des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon, warnte Iran scharf, den israelischen Verteidigungswillen zu unterschätzen. „Gott sei Dank haben wir heute die Mittel, einen zweiten Holocaust zu verhindern“, sagte Gissin.

Die EU-Kommission nannte die Worte Ahmadineschads „völlig inakzeptabel“ ebenso wie eine Sprecherin der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Wien. Die Zusammenarbeit der IAEA mit iranischen Behörden sei dadurch jedoch zunächst nicht beeinträchtigt.

Ahmadineschad hatte schon in der vergangenen Woche bei einem Gipfeltreffen islamischer Staaten in Mekka das Ausmaß des Holocaust bestritten und die Verlagerung des jüdischen Staates etwa nach Deutschland oder Österreich gefordert. Ende Oktober hatte er verlangt, der „Schandfleck“ Israel müsse aus der islamischen Welt getilgt werden. Bereits diese Äußerungen hatten weltweit Empörung ausgelöst.

„Das jüdische Volk wird wieder einmal allein gelassen“

Der Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, Pierre Besnainou, erklärte in Straßburg, verbale Erklärungen und Verurteilungen reichten nicht aus. Er rief die EU-Staaten auf, wirtschaftliche Sanktionen gegen Iran zu verhängen.

Der Generaldirektor des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, erklärte, der iranische Präsident müsse durch ein Bündnis moderater Führer verschiedener Religionen gestoppt werden. Notwendig sei der Dialog zwischen Kulturen und Religionen, um „Extremisten wie Ahmadineschad“ zu isolieren.

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hat abermals den Ausschluß des Landes aus den Vereinten Nationen gefordert. Nötig sei zudem, die „Appeasement-Politik“ der europäischen Regierungen zu beenden sowie weitgehende, auch wirtschaftliche Sanktionen ins Auge zu fassen. Der Zentralrats-Präsident hatte bereits in der vergangenen Woche die Bundesregierung aufgefordert, die diplomatischen Beziehungen zum Iran abzubrechen. Die Äußerungen Ahmadineschads seien „ungeheuerlich, widerwärtig und abscheulich“, sagte Spiegel.

Er frage sich, wo die lautstarken Proteste auf den Straßen dagegen geblieben seien. Von der nichtjüdischen Bevölkerung im Land werde gar nicht zur Kenntnis genommen, daß von einem Staatsmann eines großen Landes der Holocaust geleugnet werde. Auch von der Europäischen Kommission habe er bislang keine entschiedene Rüge vernommen. „Das jüdische Volk wird wieder einmal allein gelassen“, sagte Spiegel der „Berliner Zeitung“.

Staatsminister Erler warnt vor Isolierung Irans

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Erler (SPD), sprach sich gegen eine Isolierung des Landes aus. Die Europäische Union sollte zwar „geschlossen auf diese böartige Provokation reagieren“, sagte Erler am Donnerstag im WDR. Aus Verantwortung für den Weltfrieden müsse aber durch Verhandlungen eine Unterbrechung des iranischen Atomprogramms erreicht werden.

Erler nannte es „unerträglich gefährlich“, wenn Teheran mittelfristig die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen erlangen würde. Die internationale Gemeinschaft sei nun noch entschlossener, „auf irgendeine Weise zu verhindern, daß dieses Atomprogramm weitergeführt wird“.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Ruprecht Polenz (CDU), warnte ebenfalls vor einer außenpolitischen Isolierung Irans. Ahmadineschad mache „planvoll die bescheidenen Fortschritte zunichte“, die das Land zuletzt zu einer Wiederannäherung an die Staatengemeinschaft geführt hätten.

Forderungen grüner Politiker nach einem Ausschluß Irans von der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland hat der Fußball-Weltverband Fifa eine klare Absage erteilt.

13.Dezember 2005
Deutscher Bundestag Drucksache 16/...16. Wahlperiode

Existenzrecht Israels ist deutsche Verpflichtung

Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Erneute Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, der sowohl das Existenzrecht Israels bestreitet als auch den Holocaust leugnet, sind völlig inakzeptabel.

Der Deutsche Bundestag verurteilt diese Äußerungen. Sie offenbaren eine Haltung, die mit den Normen der internationalen Gemeinschaft und den historischen Erfahrungen des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts unvereinbar sind.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht erneut das Existenzrecht Israels. Israel muss in international anerkannten Grenzen frei von Angst, Terror und Gewalt leben können. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung den Äußerungen des iranischen Präsidenten entgegengetreten ist, und fordert sie auf, auch in Zukunft jeder Politik entgegen zu wirken, die das Existenzrecht Israels bestreitet und den Holocaust leugnet.

Unterschrieben von:

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion
Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

14. Dezember 2005
Spiegel Online
Von Björn Hengst

Cohn-Bendit will Iran aus der Fußball-WM werfen

"Unfassbar", "schockierend", "durchgeknallt" - deutsche Politiker finden kaum Worte für die neueste anti-jüdische Hetzrede des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad. Aber wie reagieren? Den konkretesten Vorschlag liefert der Grüne Cohn-Bendit: Ausschluss von der Fußball-WM.

Berlin - Iran müsse international isoliert werden, sagte der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit heute im Straßburger Europaparlament. Dazu sei der Ausschluss aus der Fußball-Weltmeisterschaft ein geeignetes Mittel.

Der Vorschlag des Grünen stößt jedoch in seiner eigenen Partei auf Kritik. Mit einem solchen Schritt würde das iranische Volk, nicht aber das Regime in Teheran bestraft, sagte Omid Nouripour, Bundesvorstandsmitglied der Grünen, im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Zudem habe sich der Sport in den vergangenen Jahren als ein "Element der Moderne" entwickelt, das über erhebliches "Potential für einen Protest gegen das Regime" verfüge.

Ein Ausschluss des Landes von der Fußball-Weltmeisterschaft sei deshalb kontraproduktiv, so Nouripour. Es gebe Mittel, die "viel effektiver und schmerzhafter für das Regime" seien, sagte der Grüne. Als Beispiel nannte er ein Visum-Verbot für den iranischen Präsidenten und Mitglieder seiner Regierung. Denkbar sei ebenfalls, "Geschäfte mit religiösen Stiftungen zu unterbinden, die mit der politischen Elite eng verbunden sind".

Auch Gert Weisskirchen, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, äußerte sich skeptisch über den Vorschlag von Cohn-Bendit. Dies sei "keine sehr kluge Idee", sagte Weisskirchen im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Vielmehr müsste "alles auf den Prüfstand gestellt werden, was geeignet ist, um die politische Elite Irans zu treffen". Weissberger wertete die Äußerungen des iranischen Präsidenten als ein Indiz dafür, dass es dem Land nicht nur um die zivile, sondern auch "um eine militärische Nutzung" von Kernenergie gehe.

Der außenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke, Norman Paech, appellierte an die EU, das Ziel der "Entnuklearisierung des Mittleren Ostens" weiterzuverfolgen. Nur wenn sich die gesamte Region zu einer atomwaffenfreie Zone entwickle, bestehe die Aussicht auf ein Ende des Konflikts, sagte er SPIEGEL ONLINE. "Da ist auch Israel gefordert." Das Land werde dadurch "sicherer, nicht unsicherer", glaubt Paech.

Die Bundesregierung verurteilte heute die antiisraelische Rede Ahmadinedschads. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) bezeichnete

es als "schockierend und inakzeptabel", dass Irans Präsident nicht nur das Existenzrecht Israels, sondern nun auch noch den Holocaust geleugnet habe. Dadurch würden die bilateralen Beziehungen und die Gespräche über das umstrittene iranische Atomprogramm belastet. Die Bundesregierung werde versuchen, dass auch vom morgen beginnenden EU-Gipfel in Brüssel ein "klares Signal der schärfsten Missbilligung" ausgehe. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wies die Aussagen Ahmadinedschads als "unfassbar" zurück.

Israel forderte ein klares Zeichen von den europäischen Staats- und Regierungschefs. "Es reicht nicht mehr, weiter diese Erklärung von Empörung und Schockierung abzugeben", sagte der israelische Botschafter in Deutschland, Shimon Stein.

"Völlig durchgeknallt"

Die Bundestagsfraktionen von Union, SPD, FDP, Linkspartei und Grüne einigten sich auf einen Antrag, um in einer Bundestagsdebatte am Freitag die antisemitischen Äußerungen zu verurteilen. Der Vorstoß des iranischen Präsidenten sei "völlig inakzeptabel" und offenbare eine Haltung, "die mit den Normen der internationalen Gemeinschaft und den historischen Erfahrungen des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts unvereinbar" sei, heißt es in dem Antrag.

Als "völlig durchgeknallt" bezeichnete FDP-Außenexperte Werner Hoyer den iranischen Vorstoß. Offenbar stehe Ahmadinedschad unter großem innenpolitischen Druck und glaube deshalb, "als außenpolitisch stark" auftreten zu müssen, sagte Hoyer im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Die Hassrede sei "beunruhigend", es stelle sich die Frage, wie unter diesen Umständen die Gespräche zwischen dem Land und der EU über das umstrittene Atomprogramm Irans fortgesetzt werden könnten. Ähnlich äußerte sich der Grünen-Politiker Jürgen Trittin. Die verbalen Attacken Ahmadinedschads seien "unerträglich", man dürfe sie "nicht akzeptieren", sagte er. Als "übelste antisemitische Propaganda" bezeichnete der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckart von Klæden, die Rede des iranischen Präsidenten.

Irans Wiederholungstäter

Ahmadinedschad hatte seine Verbalattacken gegen Israel und den Westen heute verschärft und den Holocaust erneut geleugnet. Statt die israelischen Angriffe gegen die Palästinenser zu thematisieren, "widmet sich der Westen dem Märchen vom Massaker an den Juden", sagte der Politiker in der Stadt Zahedan im Südosten Irans. Der ultrakonservative iranische Präsident hatte in seiner Rede, die der Sender Khabar direkt übertrug, seine Forderung nach Verlagerung des jüdischen Staates wiederholt: Wenn der Westen an die Ermordung von sechs Millionen Juden während des Zweiten Weltkrieges glaube, sollte Israel "ein Stück Land in Europa, den Vereinigten Staaten, Kanada oder Alaska zur Verfügung gestellt werden".

Vor einer Woche hatte Ahmadinedschad schon einmal öffentlich den Holocaust geleugnet und vorgeschlagen, Israel nach Europa zu verlegen. "Einige europäische Länder pochen darauf, dass Hitler Millionen unschuldiger Juden in Öfen getötet hat und sie pochen darauf so sehr, dass sie jeden verurteilen und ins Gefängnis werfen, der etwas Gegenteiliges beweist", sagte er. "Wir akzeptieren diese Behauptung nicht. Aber wenn wir davon ausgehen, dass sie wahr ist, dann haben wir folgende Frage an die Europäer: 'Ist die Tötung unschuldiger jüdischer Menschen durch Hitler der Grund für eure Unterstützung für die Besatzer Jerusalems?'"

Dann forderte er Staaten wie Deutschland und Österreich dazu auf, Teile ihres Landes an die Juden abzugeben und damit einen zionistischen Staat in Europa zu ermöglichen. Die Äußerungen hatten weltweit für Empörung gesorgt, auf die Iran mit Unverständnis reagierte. Die Regierung in Teheran erklärte, einige ausländische Kreise würden die Bemerkungen Ahmadinedschads falsch interpretieren.

Hintergrund: Antisemitismus im Iran

3. November 2005

DIE ZEIT

Von Matthias Naß

Antisemiten in Teheran

Der Aufruf zum Völkermord kam mit der zynischen Nonchalance des Altrevoluzzers daher. Was er denn so Unerhörtes gesagt habe, wollte Irans Präsident Machmud Achmadineschad wissen, als im Ausland die Empörung hochkochte über seine Forderung, Israel müsse »von der Landkarte getilgt« werden.

Und tatsächlich ist der Ruf nach der »Auslöschung« Israels nicht der rhetorische Ausrutscher eines Provinz-Radikalinskis, der es zum Staatsoberhaupt gebracht hat und der das diplomatische Vokabular noch nicht beherrscht. Die iranischen Revolutionäre, die 1979 den Schah stürzten, haben vielmehr von Beginn an ein zweites Ziel verfolgt: Sie wollten die Juden ins Meer treiben. »Tod Amerika! Tod Israel!«, skandieren die Revolutionsgarden, aus deren Reihen Achmadineschad hervorgegangen ist, bis heute bei jedem Freitagsgebet. Zu Recht beruft sich der neue Präsident auf den »Imam« Chomeini, wenn er die arabischen Nachbarn vor der Anerkennung Israels warnt: »Die Führer dieser Länder werden im Feuer des Zornes der islamischen Nation verbrennen.«

Mag sein Ton ruppiger sein, vom Ziel der Vernichtung Israels haben sich auch seine Vorgänger nicht distanziert. Ali Akbar Haschemi Rafsandschani, der Expräsident, drohte im Dezember 2001 gar mit einem Nuklearschlag: »Eine einzige Atombombe würde Israel spurlos auslöschen.« Und der gelehrte Mohammed Chatami mied zwar Hasstiraden; am jährlichen »Jerusalem-Tag« marschierte aber auch er an der Spitze der Demonstranten mit.

Nein, es täusche sich niemand: Der Kampf gegen Israel bleibt iranische Staatsdoktrin. Im schäbigsten Nazi-Vokabular ist da vom zionistischen »Krebsgeschwür« die Rede, das aus der islamischen Welt entfernt werden müsse – so wie die NS-Führer Europa einst »judenrein« machen wollten. Gerade entdeckte ein Reporter der Süddeutschen Zeitung auf der Frankfurter Buchmesse an den Ständen iranischer Verlage antisemitische Machwerke wie die Protokolle der Weisen von Zion.

Antisemitische Hetze ist übel genug. Aber Iran unterstützt die Feinde Israels – Hamas und den Islamischen Dschihad in Palästina, die Hisbollah im Libanon – auch ganz handfest mit Geld und mit Waffen. Nun greift Teheran nach der Atombombe. Nicht nur für Israel ist dies eine apokalyptische Vorstellung.

Niemals darf ein Regime über die Bombe verfügen, das wieder einen Teil der Welt »judenrein« machen möchte. Matthias Nass

(c) DIE ZEIT 03.11.2005 Nr.45

Oktober 2005
www.matthiaskuentzel.de

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ auf der Frankfurter Buchmesse

Eigentlich standen die Internationalen Verlage in Halle 5 der Frankfurter Buchmesse nicht auf meinem Plan. Doch hatte ich vor Abfahrt meines Zuges noch einigen Minuten Zeit, besuchte die Halle und war überrascht, in welchem Ausmaß der Iran hier vertreten ist. Die Stände aus dem Iran scheinen weit mehr Hallenplatz einzunehmen, als alle hier vertretenen Länder der Arabischen Liga zusammen.

Nun ist zwar bekannt, dass die Staatsführung des Iran die Existenz eines Mitgliedsstaats der Vereinten Nationen, Israels, auslöschen will. Und es ist bekannt, dass Teheran zu diesem Zweck einen kruden Antisemitismus in alle Welt exportiert.

Doch überraschte mich, wie offen dies auch auf der Buchmesse geschieht. Ich meine nicht die mehrere Hundert Regalmeter iranischer Literatur, die in Halle 5 ausgestellt sind. Ich rede von Broschüren, die der Iran hier auf Englisch präsentiert – nicht, um die Literatur des eigenen Landes zu präsentieren, sondern um den Antisemitismus europäischer und US-amerikanischer Provenienz zu verbreiten.

Da wird unter der Überschrift „Jewish Conspiracy“ der Text angeboten, der Hitlers Antisemitismus wie kein anderes Werk beeinflusste: Die „Protokolle der Weisen von Zion“, diesmal herausgegeben von der „Islamic Propagation Organization“ der „Islamic Republic of Iran“.

Die ersten Seiten dieser Broschüre umreißen in Form einer aus Dreiecken gebildeten Schlange das Gebiet, das hier als „Map of ‚Greater Israel‘“ vorgestellt wird: große Teile von Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien, Irak, Teile der Türkei sowie die Nordhälfte Saudi-Arabiens. Jedes Einzeldreieck, heißt es in der Erläuterung, symbolisiere das „Freemasonry Eye“, das Auge der Freimaurer, ein angebliches „Symbol of Jewry“.

Auf den nächsten Seiten erklärt uns das „International Relations Department“ des Iran den Zweck der Veröffentlichung: Man wolle „das wirkliche Antlitz des satanischen Feindes offen legen“ um „die Moslems wachzurütteln“. Der

Zionismus sei „ein tödlicher Krebstumor“, der vollständig zu vernichten sei. Unter Rückgriff auf ein Zitat von Khomeini wird die Tötung der Israelis propagiert. Es folgt eine Zusammenstellung von Zitaten wie dem folgenden: „Die Vereinten Nationen sind der Zionismus. Es ist die Super-Regierung, die vielfach in den ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ erwähnt ist“. Nachdem einem Aufruf zum „Djihad gegen diese Bedrohung“, folgt der Wortlaut des antisemitischen Traktats.

Auch der zweite berühmte Klassiker des Antisemitismus: Henry Fords „The International Jew. The World's Formost Problem“ wird in Halle 5 der Buchmesse „In the name of Allahm (sic) the Beneficent, the Merciful“ in 200-seitiger Kurzfassung präsentiert und verkauft. Herausgeber ist das „Departement of Translation and Publication, Islamic Culture and Relations Organization“ der „Islamic Republic of Iran“. In seiner Vorbemerkung schreibt der Herausgeber, dass „die Macht des jüdischen parasitären Einflusses [seit der Zeit von Henry Ford] stets zugenommen hat. Die jüdische Gefahr – heute Zionismus genannt – bedroht nicht nur eine Nation, sondern richtet sich gegen die gesamte Menschheit.“ Anschließend folgt Henry Fords Machwerk von 1921 in einer Version, die erstmals 1970 in Pakistan vom „World Muslim Congress“ verbreitet wurde. Interessant sind die zahlreichen Fußnoten, die von iranischer Seite dem Text hinzugefügt worden sind: Da ist zum Beispiel die Rede von der „Machtausweitung“ der Juden während des Zweiten Weltkriegs (S. 39) und dem deutschen „Widerstand“ gegen jene „jüdische Kontrolle“ (S. 52). Saldam Rushdie wird als ein Beispiel für die Bösartigkeit jüdischer Verleumdungen präsentiert (S. 77) und wir erinnern uns: 1989 rief der iranische Staatschef Khomeini die Muslime in aller Welt dazu auf, den indischen Autor zu töten, da er in seinem Buch „Die Satanischen Verse“ den Islam beleidigt habe. Für seinen Tod wurde ein Kopfgeld von 3 Millionen US-Dollar ausgesetzt. 1998 erklärte die Führung des Iran, von Staats wegen keine Schritte zur Tötung Rushdies einleiten zu wollen. Die Fatwa aber blieb in Kraft: Khomeinis Aufruf an die Muslime der Welt gilt bis heute, weshalb sich Rushdie nach wie vor öffentlich nicht zeigen kann.

Ein drittens antisemitisches Machwerk fiel mir bei meinem raschen Rundgang durch Halle 5 schon aufgrund seines grellen Titels ins Auge: Ein roter Davidstern über einem grauen Totenkopf und einer gelben Karte von der Welt. Es trägt den Titel „Tale of the ‚Chosen People‘ and the Legend of ‚Historical Right‘“ und ist von Mohammad Taqi Taqipour verfasst. Herausgeber ist erneut der iranische Staat. In seinem Vorwort gibt sich der Autor siegessicher: Israel werde angesichts der „globalen islamischen Bewegung“ bald schon von der Landkarte verschwunden sein.

Sollte tatsächlich von diesen Broschüren, die schon dem flüchtigem Besucher der Messe ins Auge fallen, niemand sonst etwas bemerkt haben? Was ist zum Beispiel mit den Mitarbeitern der Deutschen Welle und des Auswärtigen Amts, die sich ebenfalls in Halle 5 – nur wenige Schritte von den iranischen Ausstellern entfernt – präsentieren? Die Deutsche Welle empfiehlt sich auf der Messe als „Brücke zur islamischen Welt“ und auch das Auswärtige Amt verteilt hier seine

„Dialogue with the Islamic World“-Broschüre, in der es heißt: „Peace-building, too, may require dialogue with extremists.“

Wurde aber mit den iranischen Ausstellern über die Präsentation jenes nazihafte Antisemitismus gesprochen oder wurden (wieder einmal) beide Augen zugedrückt? Was sagt der Direktor der Buchmesse, Jürgen Boos, zu der Tatsache, dass ein Aussteller dieser Messe mit englischsprachiger Propaganda zur Auslöschung Israels aufruft? Welche Schlussfolgerung werden Herr Boos und die deutsche Öffentlichkeit in Bezug auf eine Teilnahme des Iran an der Buchmesse 2006 ziehen?

Hintergrund: Die Gefahr von Terror und der atomaren Aufrüstung durch den Iran

17. Januar 2006
Süddeutsche Zeitung
Von Stefan Kornelius

Iran und die Bombe

Es wäre ein schlimmer Fehler, das Regime und seine atomaren Ambitionen zu unterschätzen oder gar eine neuerliche amerikanische Hysterie zu vermuten. Diesmal geht tatsächlich eine Bedrohung von Teheran aus. Iranische Langstreckenraketen könnten gar den Süden Deutschlands treffen.

Es war eine besondere politische Dummheit, Iran und Irak auf dieselbe Achse des Bösen zu setzen. Alle damit konstruierten Parallelen sind falsch. Weder ist Iran nach innen und außen vergleichsweise geschwächt wie der Irak vor der Invasion der USA, noch ist das Land militärisch bezwingbar. Der größte Unterschied aber liegt darin: Im Gegensatz zum Irak ist Iran tatsächlich eine Bedrohung für die Region und die Welt. Seine Ambitionen auf Massenvernichtungswaffen sind echt, seine politischen Drohungen nicht hohl und sein Einfluss auf den dschihadistischen Terror ist real.

In ein paar Monaten zum Atomsprenkopf

Es wäre ein schlimmer Fehler, das Regime und seine atomaren Ambitionen zu unterschätzen oder gar eine neuerliche amerikanische Hysterie zu vermuten. Diesmal geht tatsächlich eine Bedrohung von Teheran aus, und nach Lage der Dinge bleiben nur ganz wenige Optionen, die Gefahr zu bannen.

Iran hat vergangene Woche die von den internationalen Atomkontrolleuren angebrachten Siegel an seinen Forschungsstätten gebrochen und wird nun mit Versuchen zur Anreicherung von Uran beginnen. Sollte die Anreicherung glücken – für eine erfolgreiche Testphase braucht es nach Einschätzung von Experten etwa ein halbes Jahr –, dann steht den Ambitionen nichts mehr im Weg.

Eine großflächige Anreicherungs-Anlage, etwa 50.000 hintereinander geschaltete Zentrifugen, könnte binnen kurzer Zeit aus angereichertem Uran hochangereichertes Uran herstellen. Damit lassen sich Atomsprenköpfe bestücken. Iran wird diese Anreicherung meistern. Offenbar hat Iran auch Baupläne für atomare Sprengköpfe und Zünder aus dem illegalen Versandhandel des pakistanischen Dr. Seltsam, Abdul Qadeer Khan.

Und schließlich haben amerikanische Geheimdienste Baupläne für modifizierte iranische Langstreckenraketen abgefangen, mit deren Hilfe ein nuklearer Sprengkopf montiert werden kann. Diese Raketen haben eine Reichweite bis in den Süden Deutschlands. Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz besteht nur eine geringe Wahrscheinlichkeit, dass die Mächtigen in Teheran das Uran ausschließlich für friedliche Zwecke nutzen wollen.

Gegen diese These spricht das Verhalten der Regierung in den vergangenen Jahren. Lange Zeit wurde das Atomprogramm geheim gehalten, Inspektoren entdeckten nur durch Zufall die Anreicherungs-Versuche. Jedes wohlmeinende Angebot aus Russland etwa oder den EU-Staaten zur friedlichen Kooperation wurde zwei Jahre lang konsequent abgelehnt, zur taktischen Verschleppung missbraucht oder ignoriert. Der Chef der Atomenergiebehörde, Mohammed el Baradei, kann nach drei Jahren intensiver Arbeit in Iran „die friedfertige Absicht des Programms“ nicht bestätigen.

Machtmittel für Dschihad-Terroristen

Sollte Iran in einem halben Jahr die Technologie zum Waffenbau im Griff haben und nach weiteren zwei Jahren die ersten Sprengköpfe montieren können, dann ändert sich nicht nur das strategische Gleichgewicht am Golf und im Nahen Osten, dann verfügen auch die geistigen Väter des Dschihad-Terrors über ein Erpressungspotenzial, dem der friedliebendere Teil der Welt wenig entgegenzusetzen hat.

Iran strebt nach der Bombe, um das in seinen Augen strategische Ungleichgewicht in der Region – die Nuklearmächte USA, Russland und Pakistan stehen quasi vor der Haustür – auszubalancieren. Mit der Atommacht Iran würde aber auch ein neues Ungleichgewicht geschaffen. Saudi Arabien, die Türkei, Syrien und vor allem Israel würden sich unmittelbar bedroht fühlen und selbst eine stärkere Abschreckung anstreben.

Wer in diesem Zusammenhang behauptet, Israel habe die atomare Gleichung mit seinem Waffenprogramm als Erstes aus dem Lot gebracht, der irrt. Anders als im Fall Iran besteht bei Israel kein Zweifel am defensiven, abschreckenden Charakter. Mehr noch: Iran und sein Volkstribun-Präsident Mahmud Ahmadinedschad lassen keine Gelegenheit aus, ihren Vernichtungswillen gegenüber Israel zu bestärken. Eine Bombe auf Tel Aviv reicht, um den Staat Israel weitgehend zu zerstören.

Abschreckung wie im Kalten Krieg existiert nicht

Wer den Selbstmordterror einer Hamas über Jahre gezüchtet und unterstützt hat, der wird auch einen nuklearen Gegenschlag nicht fürchten. Abschreckung wie im Kalten Krieg gibt es im Zeitalter des Terrors nicht. Deswegen also muss Iran

gestoppt werden. Aber wie? Die Einbindungs-Strategie der EU ist gescheitert, die Konfrontations-Strategie wird nur begrenzt helfen.

Aber sie muss versucht werden. Der einzige nicht-militärische Weg zur Neutralisierung der Gefahr liegt in Sanktionen und in der politischen Isolation. Die iranische Gesellschaft strebt nach Modernität und Wohlstand. Der Staat will Anerkennung und politisches Gewicht. Nur wenn eine Mehrheit im Lande spürt, dass der Kurs der klerikalen Führung und der Regierung Ahmadinedschad Verderben verheißen, werden sie aufbegehren.

Ein Krieg gegen Iran wäre töricht, gezielte Luftschläge versprechen wenig Erfolg. Angesichts der realistischen Bedrohung durch einen atomar bewaffneten Iran bleiben deswegen nur harte politische Entscheidungen. Wer sie jetzt scheut, wird später vor schlimmeren Alternativen stehen.

10. November 2005
SPIEGEL ONLINE

Hisbollah soll für Anschlag auf jüdisches Zentrum verantwortlich sein

Der schwerste Anschlag der argentinischen Geschichte soll doch von einem Mitglied der iranisch unterstützten Organisation Hisbollah verübt worden sein. Staatsanwalt Alberto Nisman aus Buenos Aires identifizierte einen Libanesen als den Attentäter, der 1994 bei einem Anschlag auf ein jüdisches Zentrum der Hauptstadt 85 Menschen tötete.

Buenos Aires - Elf Jahre nach dem Bombenanschlag auf das Jüdische Zentrum Amia hat die argentinische Justiz nach eigenen Angaben damit erstmals einen Beweis für die Beteiligung der radikal-islamistischen Hisbollah (Partei Gottes). Nisman sagte, bei den Ermittlungen werde auch der Hypothese nachgegangen, Iran könnte Berro unterstützt haben. Teheran hat dies bisher vehement zurückgewiesen.

Der Selbstmordattentäter, der das Bombenfahrzeug vor das Gebäude lenkte, sei als das damals 21-jährige Hisbollah-Mitglied Ibrahim Hussein Berro identifiziert worden, berichtete die Zeitung "La Nación" unter Berufung auf Nisman.

Die Identifizierung des Attentäters sei in achtmonatigen Ermittlungen gelungen, nachdem zwei in den USA lebende Brüder des Mannes in dem Fall ausgesagt hätten. Sie hätten auch zwei Fotos des Täters zur Verfügung gestellt, hieß es weiter.

Hisbollah beherrscht mit seinen Kämpfern den Süd-Libanon und ist als Partei im Parlament in Beirut vertreten. Die Schiiten-Organisation hat die Vernichtung Israels zum Ziel. Syrien und Iran unterstützen die Hisbollah politisch, militärisch und finanziell. Die argentinischen Behörden hatten von Anfang an Hisbollah und Iran verdächtig, hinter der Tat zu stecken. Iran hatte dies stets dementiert.

6. September 2004
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Von Jörg Bremer

Iranische Bedrohung; "Wir werden Israel vom Erdboden fegen"

Trotz der vermeintlich brisanten Spionagevorwürfe gegen einen jüdischen Mitarbeiter im Pentagon, gegen die amerikanisch-jüdische Organisation AIPAC und einen Diplomaten der israelischen Botschaft in Washington war für die seriöse israelische Zeitung "Haaretz" jüngst der Bericht über die Verbesserung eines Sprengkopfs für die iranische Boden-Boden-Rakete "Schihab 3" vorrangig. Denn die Furcht vor einem iranischen Raketenangriff bewegt Israel seit langem. So werden auch die Spionagevorwürfe in diesen Zusammenhang gestellt: Der Pentagon-Angestellte soll die Israelis mit geheimem Material versorgt haben, das über die iranische Bedrohung Auskunft gibt. Das erscheint freilich als Konstruktion, denn Israelis verfügen wie die Europäer in Washington über beste Informationskanäle. Illegale Aktionen sind daher überflüssig.

Von den umliegenden arabischen Staaten dazu gedrängt, endlich sein atomares Arsenal offenzulegen, sieht sich Israel erstmals in seiner Geschichte selbst von Atomwaffen bedroht und dabei trotz eigener Erstschlagskapazitäten unfähig, diesen Feind damit abzuschrecken. 1981 konnte Israel noch in einer Blitzaktion den irakischen Atomreaktor Osirak aus der Luft zerstören. Das läßt sich nicht einfach wiederholen. Die Iraner haben ihre Atomforschung auf mehrere Standorte verteilt, manche Laboratorien befinden sich auch unter Tage.

Das "kleine Israel" werde die Welt nicht vor der iranischen Gefahr bewahren, sagt darum Yuval Steinitz, der Likud-Abgeordnete und Vorsitzende des Außen- und Sicherheitspolitischen Ausschusses in der Knesset. Die freie Welt, von Amerika geführt, müsse selber ihre Verpflichtung einhalten, Iran die Atombombe zu verwehren. Auch die Europäer, die Iran vergeblich auf den Atomwaffensperrvertrag festlegen wollten, sind abermals am Zug. Der Militärfachmann der Zeitung "Haaretz" sah sich die Fotos der verbesserten iranischen Rakete an: Sie sei gegenüber älteren Modellen flacher und wohl leichter geworden und lasse sich auch von einem Fahrzeug aus abfeuern. Die "Schihab 3" mit einer Reichweite von 1300 Kilometern könne den Nato-Partner Türkei erreichen und die meisten saudischen Ölfelder. Die Version "Schihab 4" sei wohl auf eine Reichweite von 2000 Kilometern ausgelegt. Der neue Sprengkopf, wie er vor drei Wochen in den iranischen Zeitungen präsentiert wurde, tauche wohl langsamer in die Atmosphäre ein, so daß seine Ladung - womöglich eine chemische oder atomare Bombe - sicherer in ihr Ziel getragen werden könne, schrieb "Haaretz".

Im Kalten Krieg habe die Welt gelernt, mit der atomaren Bedrohung umzugehen, die von einer Diktatur ausgehe, sagt Steinitz weiter. Die Abschreckung habe funktioniert. Iran aber könne man nicht abschrecken; denn nach der Ideologie

des schiitischen Islams sei das Leben nach dem Tod wichtiger als das jetzige auf Erden, das man in Todessehnsucht gerne preiszugeben habe: "Das iranische Regime ist völlig unverantwortlich und unkalkulierbar totalitär, dazu bereit, Millionen Bürger einer verrückten Ideologie zu opfern." Das wird in Europa anders gesehen. Iran habe sich in eine hochentwickelte Gesellschaft verwandelt, die sich nicht einfach opfern lasse, heißt es in Berlin. Mit Atomwaffen könnte Teheran aber zur Hegemonialmacht in der Region werden und bis an die Grenze der Nato in der Türkei ein neues Kräftespiel in Gang setzen.

Die Angst Israels ist nicht unberechtigt. In den Pamphleten islamistischer Bewegungen werden "die Juden" stets an erster Stelle der Feinde genannt. "Die Juden" werden auch für die Anschläge vom 11. September verantwortlich gemacht, da sie - nach alten Verschwörungstheorien - die Politik der Vereinigten Staaten bestimmen. Iran macht aus dem Haß gegen Israel kein Geheimnis. Als der islamische Gottesstaat vor einem Jahr die "Schihab 3"- Rakete testete, skandierten die Massen einen Satz, der seither in Teheran immer wieder zu hören ist: "Wir werden Israel vom Erdboden fegen."

Während islamistische Gruppen in den besetzten Gebieten den Terror schüren, scheint Teheran aus der Distanz die atomare Vernichtung Israels vorzubereiten. Trägerrakete und Muster-Sprengkopf sind der Welt schon präsentiert worden. In dieser Situation drängt Israel zum Handeln. Ministerpräsident Scharon soll Präsident Bush schon mehrfach versichert haben, die Iraner seien mit dem Bau ihrer Atomwaffe weiter fortgeschritten, als es die amerikanischen Dienste wahrhaben wollten. Einmal nahm Scharon einen General nach Washington mit, um Bush mit einem "dicken Dossier über das verdeckte Programm in Iran" zu füttern, wie es später hieß.

Freilich scheint Washington den Eindruck zerstreuen zu wollen, es werde von Israel zum Schlag gegen Iran gedrängt. So könnte der jüngste Spionagevorwurf vom Potomac amerikanischen Stellen - allemal im Wahlkampf - dazu dienen, Befürchtungen über eine allzu enge amerikanisch-israelische Bande zu zerstreuen. Zugleich möchte Washington jede Eigenmächtigkeit Israels verhindern. Der frühere amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski und der ehemalige CIA-Direktor Gates stellten im Mai fest, ein Angriff auf iranisches Territorium könnte Washington direkt schaden. Israel müßte dafür nämlich Flugraum durchqueren, der von Amerika kontrolliert werde, etwa über dem Irak. Washington erschiene damit als Komplize Israels.

Brzezinski und Gates warnten auch vor den "kritischen Folgen" eines israelischen Schlages gegen Iran für den Irak und für Afghanistan. Das Leben von 138 000 amerikanischen Soldaten wäre in Gefahr, denn Iran würde eine israelische Operation "gewiß nicht ungeahndet" lassen. Washington verlangt daher von den Israelis die Zusicherung, daß es keine einseitigen Operationen plane. Israel hat solche Pläne durch die Äußerungen des Abgeordneten Steinitz vage zurückgewiesen. Zugleich aber übermittelte Israel kürzlich die Auswertung

von Gesprächen, die per Satellit aufgenommen worden waren. Hohe iranische Offiziere sprachen über einen vorbeugenden Schlag gegen Israel und gegen amerikanische Truppen im Irak und in Afghanistan.